Deutscher Städtetag

Positionspapier zur digitalen Bildung

[02.05.2017] In einem Positionspapier zum Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter formuliert der Deutsche Städtetag kommunale Positionen mit Blick auf die Weiterentwicklung der digitalen Bildung. Unter anderem richtet er Forderungen an Bund und Länder und gibt Empfehlungen an die Städte.

Die Städte fordern Bund und Länder auf, mit ihnen gemeinsam einen Masterplan zum Ausbau digitaler Bildung zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Städtetag laut eigenen Angaben das Positionspapier Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter veröffentlicht. „Die klassischen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen müssen um Medienkompetenz ergänzt werden“, kommentiert Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetags. Digitale Medien und ihre Nutzung seien bereits ein wichtiger Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Das müsse sich auch in der schulischen Bildung widerspiegeln. „Der notwendige Ausbau der digitalen Bildung in den Schulen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Lohse weiter. Der geforderte Masterplan sollte beschreiben, auf welches Niveau die Schulen digitalisiert werden sollen, Verantwortlichkeiten benennen, einheitliche Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien schaffen und auch finanzielle Aspekte klären. „Denn die Städte als Schul- und Bildungsträger können diese erheblichen finanziellen Herausforderungen nicht alleine stemmen“, erklärt Lohse. Dass digitale Bildung in den Schulalltag integriert werden muss, sei bei den politisch Verantwortlichen inzwischen unstrittig. „Nun kommt es darauf an, es auch gut in die Tat umzusetzen“ , fordert die Präsidentin. Bei Investitionen in digitale Lehr- und Lernmedien sowie die Endgeräte und Netzinfrastruktur in den Schulgebäuden müssten neben einmaligen Anschaffungskosten auch langfristige Aufwendungen für Betrieb, Wartung, Erneuerung, Updates und Support berücksichtigt werden. Außerdem gehe es um die Frage, wie durch bestimmte Regelungen Lizenzgebühren niedrig gehalten werden könnten. Ferner sei die Breitband-Anbindung der Schulen sicherzustellen. „Wir begrüßen die Absicht des Bundes, sich mit dem DigitalPakt#D für digitales Lehren und Lernen zu engagieren“, sagt Lohse. „Folgen muss nun allerdings auch eine finanzielle Absicherung.“ Das Positionspapier des Deutschen Städtetags formuliert nicht nur kommunale Positionen für die Weiterentwicklung der digitalen Bildung, es skizziert auch die für die Vermittlung von Medienkompetenz notwendigen Rahmenbedingungen und enthält Empfehlungen für die Städte. Es steht auf der Website des kommunalen Spitzenverbands zur Verfügung.

(ve)

Stichwörter: Schul-IT, Politik, Deutscher Städtetag